



Protokoll der 14. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. Januar 2014, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Verena Baumgartner, Thomas Eugster, Lisette Kaufmann und Anna Ott
Stadtrat Franz Kaufmann

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 27.11.2013 und 18.12.2013 <i>://: Die Protokolle vom 27.11.2013 und 18.12.2013 werden genehmigt.</i>	-
2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen <i>://: Wahl der vorgeschlagenen Ratsmitglieder gemäss Vorschlag der Fraktionen in die GPK und GOR.</i>	2014/99
3. Personalreglement (ESL 150.1), Teilrevision - Berichte Stadtrat sowie GOR-Kommission betreffend Personalreglement-Teilrevision <i>://: In der Schlussabstimmung wird den Reglementsänderungen gemäss Anträgen des Stadtrates und der GOR zugestimmt.</i>	2013/81 2013/81a
4. Sanierung H2-Umfahrung – Schriftlicher Bericht Stadtrat zur Interpellation „Sanierung H2-Umfahrung Liestal und Neubau Zentrumsanschluss – wie weiter?“ von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2013/95 2013/95a
5. Parkplätze Brodtbeck-Areal – Schriftlicher Bericht Stadtrat zur Interpellation von Lisette Kaufmann und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend provisorischen Parkplätzen beim Brodtbeck-Areal <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2013/97 2013/97a
6. Ortsplanung – Schriftlicher Bericht Stadtrat zur Interpellation „Bewährt sich die Ortsplanung 2008?“ von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2013/98 2013/98a
7. Fragestunde <i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 11 Fragen beantwortet.</i>	-

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) begrüsst die Ratsmitglieder, Gäste und Medienvertreter zur ersten Sitzung im neuen Jahr.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert kurz über einige Punkte sowie wichtige Beschlüsse der letzten Bürositzung:

- Als Nachrückende von Erika Eichenberger (GL) ist seit 01. Januar 2014 Verena Baumgartner (GL) als Einwohnerrätin im Amt. Wegen einem Auslandsaufenthalt musste sie sich für die heutige Sitzung entschuldigen lassen, weshalb sie erst an der nächsten Ratssitzung im Einwohnerrat begrüsst werden kann.
- Da die Traktandenliste der heutigen Sitzung vermutlich früher als erwartet abgearbeitet werden kann, wird der Zeitplan betreffend dem anschliessenden Apéro im Rathaus sowie dem Jahresschlusssessen im Hotel Engel entsprechend angepasst.
- Die Sitzungsgelder des Einwohnerrates und auch seiner Kommissionen werden analog den übrigen Behörden und Kommissionen nur noch 1 x jährlich per Ende Jahr abgerechnet und ausbezahlt. In den Jahren der Amtsperioden-Wechsel werden die Sitzungsgelder zusätzlich Mitte des Jahres noch per Ende Amtsperiode abgerechnet.
- Anstelle von Erika Eichenberger (GL) ist Verena Baumgartner (GL) als Ersatzmitglied in die Spezialkommission Schulraumplanung gewählt worden.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, gelb
- Neue Vorstösse Nr. 2014/100 – Nr. 2014/103
- Adressverzeichnis Einwohnerrat Liestal

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--|
| - Denise Meyer (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Sabine Sutter (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Fabian Eisenring (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation „Warum ist Liestal nicht solidarisch?“ von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion (Nr. 2014/100)
- Interpellation „Signalisation der Begegnungszone“ von Dominique Meschberger und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2014/101)
- Postulat „Waldkindergarten“ von Meret Franke namens der Grünen Fraktion (Nr. 2014/102)
- Interpellation „Die demografische Entwicklung der Bevölkerung und die qualitative und quantitative Entwicklung von Liestal“ von Marianne Quensel der SP-Fraktion (Nr. 2014/103)

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat sind keine Mitteilungen zu machen.

Traktandenliste

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend der Traktandenliste keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 15. Januar 2014 beschlossen und behandelt.

155 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzungen vom 27.11.2013 und 18.12.2013

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungen betreffend dem Protokoll der letzten beiden Ratssitzungen vom 27.11.2013 und 18.12.2013 eingegangen sind. Dem Rat wird deshalb die Genehmigung der beiden Protokolle beantragt. Nach erfolgter Umfrage kann er feststellen, dass zu diesem Traktandum keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das 12. Protokoll vom 27.11.2013 und das 13. Protokoll vom 18.12.2013 werden einstimmig gewählt.

156 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2014/99)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert, dass zuallererst das Eintreten zu beschliessen ist.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden und sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass die Wahlen offen und gesamthaft erfolgen.

://: Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen werden einstimmig für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2016 in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Verena Baumgartner (GL) anstelle von Erika Eichenberger als ordentliches Mitglied.
- Dominique Meschberger (SP) anstelle von Canan Güngör als Ersatzmitglied.

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

- Dominique Meschberger (SP) anstelle von Canan Güngör als Ersatzmitglied.

157 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Personalreglement (ESL 150.1), Teilrevision – Berichte Stadtrat sowie GOR-Kommission betreffend Personalreglement-Teilrevision (Nr. 2013/81)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zuallererst das Eintreten auf das Geschäft zu beschliessen ist.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Markus Rudin (SVP) stellt als Präsident den GOR-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2013/81a vor: Verschiedene Fragen der Kommissionsmitglieder konnten von Stadtpräsident Lukas Ott und Stadtverwalter Benedikt Minzer abschliessend beantwortet werden. Zu diskutieren gab insbesondere die 6-monatige Probezeit gemäss § 57 Abs. 1, da diese Bestimmung aber für die Stadt als Arbeitgeberin und auch die Mitarbeitenden Vorteile hat, ist diese neue Regelung auch von der GOR einstimmig gutgeheissen worden. Auch wird die reglementarische Bestimmung betreffend der Abgangsentschädigung gemäss § 62 Abs. 2 von der GOR begrüsst. Er verzichtet auf weitere detailliertere Ausführungen, da die GOR die stadträtlichen Anträge betreffend der Personalreglementsänderung einstimmig unterstützt.

Walter Leimgruber (SP) erklärt, dass die Anpassung an das kantonale Recht, der Schutz der Arbeitnehmer und die Manifestierung der Stadt Liestal als attraktive Arbeitgeberin die Hauptziele der Reglementsänderungen sind. Die Stadt muss nicht zwingend die Bestimmungen des kantonalen Personalreglementes übernehmen und so kann entsprechen auch die kommunalen Bestimmungen unter § 58 einer modernen Personalentwicklung. Bereits bei der GOR-Beratung hatte er gesagt, dass ihm die stadträtliche Argumentation bei § 57 betreffend der 6-monatigen Probezeit nicht ganz einleuchte. Gesamtschweizerisch und auch in der Privatwirtschaft beträgt die Probezeit üblicherweise 3 Monate, was auch der Regelung des Kantons Basel-Landschaft entspricht. Und so sollte es auch in einem ISO-zertifizierten Betrieb möglich sein, dass die Einarbeitung von neuen Mitarbeitenden innert nützlicher Frist so organisiert werden kann, dass eine hinreichende Beurteilung nach 2 ½ Monaten möglich ist. Gegebenenfalls könnten auch gestaffelte Kündigungsfristen eine mögliche Lösung sein. In der GOR hatte er den stadträtlichen Anträgen ebenfalls zugestimmt, in diesem Zusammenhang aber deponiert, dass die SP-Fraktion gegebenenfalls noch Gegenanträge stellen wird. Und so wird nun seine Fraktion noch einen Antrag betreffend einer Probezeit-Verkürzung einreichen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) sagt, die Mittelfraktion wird grundsätzlich den Anträgen der GOR und des Stadtrates zustimmen. Die stadträtliche Argumentation betreffend der umstrittenen Punkte bezüglich den Probezeit- und Kündigungsfristen leuchten teilweise ein. Dabei sollte aber das Motto gelten, dass man zuallererst prüfe, bevor man sich binde. Am einfachsten wäre es schon, wenn Liestal diesbezüglich die gesamte Regelung des Kantons übernehmen würde. Sollte nun heute die einte der vorgeschlagenen Reglementsänderung beschlossen werden, so müsste gegebenenfalls auch über eine entsprechende zusätzliche Änderung und Anpassung entschieden werden. Seine Fraktion behält sich deshalb Abweichungen von den reglementarischen Änderungsvorschlägen vor.

Werner Fischer (FDP) erklärt, seine Fraktion sehe keine Nachteile bei den längeren Fristen, gelten diese doch für beide Parteien. Auch die Regelung betreffend den Abgangsentschädigungen macht Sinn, zumal solche in den letzten Jahren praktisch nie mehr vergütet wurden. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der GOR zustimmen.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt für die grundsätzlich gute Aufnahme betreffend den vorgeschlagenen Reglementsänderungen im Rat. Liestal ist ein guter und fairer Arbeitgeber, denn es ist wichtig, dass man für die Aufgabenerfüllung auf gute, qualifizierte sowie motivierte Mitarbeitende zählen kann. Für die Rekrutierung solcher Mitarbeitenden muss ein zeitgerechtes und modernes Personalrecht zur Verfügung stehen. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass die Anstellungsbedingungen als ein Gesamtpaket betrachtet werden, in welchem die Interessen der Arbeitgeberin und Arbeitnehmer geregelt sind. Insgesamt findet es der Stadtrat angemessen und wichtig, dass nicht einfach alle personalrechtlichen Bestimmungen des Kantons in einem automatischen Nachvollzug übernommen werden. Bei der aktuell diskutierten Reglementsrevision werden bereits verschiedene Aspekte im Zusammenhang mit der BLPK-Reform umgesetzt. Betreffend der Probezeitdauer von 6 Monaten sei festgehalten, dass während der Probezeit genügend Zeit zur Verfügung stehen soll, da dies im beidseitigen Interesse sein dürfte. Im Rahmen der Gesamtbetrachtung gehört logischerweise im Gegenstück auch der grosszügige Kündigungsschutz dazu. Der Rat wird gebeten, den Anträgen des Stadtrates und der GOR betreffend dem Gesamtpaket der Reglementsrevision zuzustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, dass ihr die reglementarische Bestimmung betreffend der Altersgrenze gemäss § 64 zum Verhängnis wurde. Nach der Genehmigung der vorgeschlagenen Änderung darf sie vielleicht auch wieder die Mittagstisch-Betreuung aufnehmen, was sie sehr freuen würde.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) verliest den schriftlich eingereichten Antrag der SP-Fraktion betreffend § 57 Abs. 1 „Probezeit, Kündigungsfristen und –termine“: *Die ersten 3 Monate gelten als Probezeit. Die Probezeit kann in begründeten Fällen höchstens 3 Monate verlängert werden.*

Patrick Mägli (SP) begründet den Antrag seiner Fraktion damit, dass man es nicht nachvollziehen kann, dass die Stadt Liestal ausgerechnet bei den Probezeiten und Kündigungsfristen von der kantonalen Regelung abweichen will. Dies sieht auch die Personalkommission der Stadt Liestal so. Das Privatrecht und auch die meisten öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber sehen die 3-monatige Probezeit vor. Auch ist es nicht unbedingt ein Vertrauensbeweis des Stadtrates in seine Kader-Mitarbeiter, wenn man diesen eine unüblich längere Zeit für die Beurteilung von neuen Mitarbeitenden zugestehen muss. Das Argument betreffend dem besseren Kündigungsschutz sticht auch nicht ganz. So sollte die Möglichkeit für eine Verlängerung um 3 Monate ebenfalls bestehen. Ob sich die Stadt Liestal mit einer 6-monatigen Kündigungsfrist als attraktive Arbeitgeberin bezeichnen kann, bezweifle er doch sehr.

Diego Stoll (SP) legt dar, dass er persönlich den Antrag seiner Fraktion nicht unterstützen wird. Er kann das Votum des Stadtpräsidenten betreffend dem Gesamtpaket unterstützen und zudem hatte die vorberatende GOR mit 7 Vertretern des Einwohnerrates die stadträtlichen Anträge einstimmig gutgeheissen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) ist ebenfalls der Meinung, dass man nach der langen Vorberatung in der GOR nun doch auch den Anträgen dieser Kommission zustimmen sollte.

Markus Rudin (SVP) hält als GOR-Präsident fest, dass schon alles gesagt wurde und er keine weiteren Ergänzungen sowie Bemerkungen vorbringen möchte.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

- ://: Mit 9 Ja- gegen 25 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag der SP-Fraktion abgelehnt.
- ://: Einstimmig wird in der Schlussabstimmung den Anträgen des Stadtrates und der GOR zugestimmt und die Personalreglementsänderungen gemäss synoptischen Darstellung und Anhang zur stadträtlichen Vorlage Nr. 2013/81a beschlossen.
Die Änderungen treten per 1. Januar 2014 in Kraft. § 64 Abs. 1 und § 65 Abs. 2 werden per 1. Januar 2015 in Kraft gesetzt.

158 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Sanierung H2-Umfahrung – Schriftlicher Bericht Stadtrat zur Interpellation „Sanierung H2-Umfahrung Liestal und Neubau Zentrumsanschluss – wie weiter?“ von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion (Nr. 2013/95)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Werner Fischer (FDP) dankt stellvertretend für den Interpellanten Thomas Eugster für die schriftliche Beantwortung seines Vorstosses gemäss Vorlage Nr. 2013/95a. Zur Antwort auf die 4. Frage: Könnten die Arbeiten noch beschleunigt werden? Zur Antwort auf die 5. Frage: In welcher Grössenordnung belaufen sich die erwähnten Flickarbeiten?

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, die stadträtliche ausführliche Berichterstattung habe ihn doch etwas nachdenklich gemacht. Das vom Rat beschlossene Verkehrskonzept liegt demnach betreffend der Umsetzung noch in sehr weiter Ferne. Vermutlich sind andere Ideen gefragt und es ist sowieso fraglich, ob man bei der Verkehrsplanung die marode Umfahrung überhaupt noch berücksichtigen will. Auch unter Berücksichtigung der Sanierungskosten von mehreren Millionen Franken dürfte es vermutlich Sinn machen, dass sich eine Arbeitsgruppe mit alternativen Lösungsansätzen befassen würde. Im stadträtlichen Bericht werden Aussagen und Versprechen des Kantons erwähnt, welche von diesem vermutlich gar nicht eingehalten werden können.

Stadtrat Peter Rohrbach meint, dass nach der letzten eidgenössische Abstimmung zuallererst auch der Kanton noch eine Auslegeordnung mit Priorisierung vornehmen muss. Liestal sollte deshalb auch noch etwas zuwarten, fair sein und nicht mit Schnellschüssen vorprellen. Vom Kanton liegen mehr oder weniger klare Bekenntnisse vor, weshalb weitere Fragestellungen durch Liestal dürften keine klareren und konkreteren Aussagen des Kantons mit sich bringen dürften. Die Zusatzfragen kann er wie folgt beantworten: Die Grössenordnung betreffend der Flickarbeiten ist ihm ebenfalls nicht bekannt, und die Frage, inwieweit die Arbeiten beschleunigt werden könnten, wird im Moment wohl auch der Kanton nicht beantworten können. Betreffend dem Vorschlag für die Bildung einer neuen Arbeitsgruppe kann er berichten, dass eine solche bereits existent ist. Im sogenannten HUL-Team ist auch die Stadt vertreten und dieses trifft sich ein nächstes Mal im Mai/Juni 2014, an welcher sicher die Auslegeordnung des Kantons diskutiert wird.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/95.

159 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Parkplätze Brodtbeck-Areal – Schriftlicher Bericht Stadtrat zur Interpellation von Lisette Kaufmann und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend provisorischen Parkplätzen beim Brodtbeck-Areal (Nr. 2013/97)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist und die vom Interpellanten gewünschte Diskussion bewilligt wird.

Jürg Holinger (GL) dankt als Interpellant für die schriftliche Beantwortung der Interpellation gemäss Vorlage Nr. 2013/97a. Er habe den Eindruck, dass die Stadt im Zusammenhang mit der Parkplatzpolitik des Kantons machtlos ist. So sind beispielsweise für die provisorischen Parkplätze beim Brodtbeck-Areal Bäume gefällt und Parkplätze geschaffen worden, was mit dem Bau der H2 begründet wurde. Nun sind aber die H2-Bauarbeiten abgeschlossen und als neuer Grund, weshalb die provisorischen Parkplätze noch nicht rückgebaut wurden, wird mit der fehlenden Realisierung des QP Mühlematt bzw. dem EBL-Parkhaus begründet. Vermutlich wird man auch nach der Realisierung des erwähnten Parkhauses wieder neue und andere Gründe finden, um die provisorisch erstellten Parkplätze nicht aufheben zu müssen. Gut ist, dass das Postulat Nr. 2012/9 bezüglich den kantonalen Parkplatzanlagen noch pendent bzw. zu beantworten ist. Abschliessend möchte er bemerken, dass seine Fraktion grundsätzlich nicht gegen eine sinnvolle Nutzung und/oder ein vernünftiges Bauprojekt beim Brodtbeck-Areal wäre, inakzeptabel ist aber die Vorgehensweise des Kantons im Zusammenhang mit den erwähnten provisorischen Parkplätzen.

Hanspeter Meyer (SVP) stimmt dem Votum des Vorredners zu, denn es ist schon so, dass der Kanton die Stadt im Zusammenhang mit seinen Parkplatzanlagen einfach nicht ernst nimmt. Die Hinhaltenaktik und Gegebenheit, dass provisorische Parkplätze schlussendlich zu definitiven Parkplätzen werden, dürfte sich auch im vorliegenden Fall wieder bewahrheiten. Gar nicht einverstanden ist er mit der stadträtlichen Aussage am Schluss der Interpellationsantwort, wonach sich der Stadtrat zur gegebenen Zeit dafür einsetzen wird, dass die vom Kantonsspital nicht mehr benötigten oberirdischen Parkplätze rückgebaut werden. Dies müsste mit Nachdruck bereits heute gemacht und verlangt werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) unterstützt die Aussagen des Interpellanten und findet es unschön, dass zeitlich begrenzte Bauprovisorien immer wieder verlängert werden. Es müsste nun zumindest der neu angegebene Termin eingehalten werden.

Dominique Meschberger (SP) teilt mit, auch ihre Fraktion spreche sich für den Rückbau der provisorischen Parkplätze aus und unterstütze den Vorstoss sowie das Votum des Interpellanten.

Pascal Porchet (FDP) meint, er könne den Vorrednern im Grundsatz Recht geben, in diesem speziellen Fall aber nun doch wieder nicht. Die Villa und das gesamte Areal haben mit der Gebäudesanierung und Nutzung des Verwaltungsgebäudes sicher gewonnen und sehen sehr gut aus. Das Quartier hat ohne Zutun der Stadt in städtebaulicher Hinsicht eine Verbesserung erfahren. Die grundsätzlichen Diskussionen betreffend den Parkplatzanlagen des Kantons sind in Ordnung, doch betreffend den Parkplätzen beim Brodtbeck-Areal ist er mit der momentanen Situation höchst zufrieden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) sagt, er vermisse in der stadträtlichen Interpellationsantwort die konkrete Aussage sowie Zusicherung, dass die provisorischen Parkplätze beim Brodtbeck-Areal nach der Fertigstellung des EBL-Parkhauses bis zu einem bestimmten Termin rückgebaut werden. Denn was machen wir, wenn beispielsweise das EBL-Parkhaus Ende 2015 noch nicht steht? Vermutlich muss man dann mit einem weiteren Provisorium rechnen

und genau das ist doch das falsche Signal. Solange es oberirdische Parkplätze gibt, die viel günstiger sind als diejenigen in den Parkhäusern, ist wohl auch niemand an einem Parkhaus-Neubau interessiert. Und aus diesem Grund sollten grundsätzlich keine weiteren provisorischen Parkplätze mehr bewilligt werden, damit der Druck und Zwang zur Realisierung von Parkhäusern grösser wird.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, dass sich seine Stellungnahme wohl mit der Antwort zur 6. Frage in der anschliessenden „Fragestunde“ überschneiden wird. Die EBL möchte schon lange gerne die Quartierplanung Mühlematt bzw. das Parkhaus realisieren, doch ist der Baubeginn wegen noch unerledigten Einsprachen nicht möglich. Diese Situation ist auch für das Spital bzw. seine rund 3'000 Angestellten unbefriedigend, da beispielsweise die fehlende oder ungenügende Beleuchtung nachts die Parkplatzsuche auch nicht vereinfacht. Er fände es auch stilllos, wenn die Stadt den Kanton in regelmässigen Abständen an irgendetwas Abmachungen erinnern würde, auch Eheversprechen müssen beispielsweise nicht halbjährlich wiederholt oder erneuert werden. Man kann einfach nur hoffen, dass der QP Mühlematt baldmöglichst realisiert wird.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/97.

160 0.01.011.01 Einwohnerrat

**6. Ortsplanung – Schriftlicher Bericht Stadtrat zur Interpellation
„Bewährt sich die Ortsplanung 2008“ von Matthias Zimmermann der
SP-Fraktion (Nr. 2013/98)**

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Matthias Zimmermann (SP) dankt als Interpellant für die schriftliche Beantwortung der Interpellation gemäss Vorlage Nr. 2013/98a: Rund 25 BPK-Sitzungen waren im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision nötig und im Zusammenhang mit der stadträtlichen Antwort darf er positiv feststellen, dass das verdichteter Bauen doch einigermaßen funktioniert. Kritisch reagieren muss er auf die technokratische Antwort sowie Statistiken bzw. die fehlende Beantwortung seiner Frage betreffend den Ortsbild-Veränderungen. Im Zusammenhang mit der Ortsbilderhaltung möchte er doch auf den Sündenfall entlang der Ergolz, zwischen der Eisenbahnlinie und der Bahnlinie hinweisen. Bei der dortigen Überbauung der Basler-Versicherung sind einfach Wohnliegenschaften erstellt worden, welche nun wirklich nicht schön sind und ins Ortsbild passen. Er frage sich schon, ob man diesem Aspekt bei den Quartierplanungen usw. auch die gebührende Beachtung schenke. Er wird nun die Fraktionsmeinungen zu seinem Vorstoss und der stadträtlichen Antwort abwarten, wobei er gegebenenfalls einen neuen Vorstoss einreichen wird.

Pascal Porchet (FDP) findet die Fragestellungen des Interpellanten interessant, doch kann er sich mit dem Vorschlag für die Durchführung von Untersuchungen nicht anfreunden. Solche Untersuchungen wären mit enormer Arbeit und/oder finanziellem Aufwand verbunden. Theoretisch könnte mit einer 3D-Visualisierung die Entwicklung Liestals besser veranschaulicht werden, doch dieses Instrument dürfte für die Stadt Liestal kaum bezahlbar sein. Dank der verdichteteren Bauweise kann auch ein Bevölkerungszuwachs verzeichnet werden, doch hat dies auch seine Nachteile und eine entsprechende Balance muss gefunden werden. Betreffend dem Votum des Interpellanten bzw. dessen Forderung möchte er entgegen, dass der Einwohnerrat nur zonenrechtlich Einfluss nehmen kann, sich aber beispielsweise im Zusammenhang mit Quartierplanungen nicht auf Fassaden-Diskussionen einlassen darf.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) bemerkt, die Mittelfraktion könne die stadträtlichen Antworten zur Interpellation vollumfänglich unterstützen. Interessant sind auch die GIS-Daten, welche auf der stadteigenen Homepage eingesehen werden können. Persönlich ist er betreffend der Fassadendiskussionen auch der Meinung, dass das Wort Schönheit ein subjektiver Begriff ist. Und so warne er davor, dass Politiker diesen Begriff definieren sollen.

Hanspeter Meyer (SVP) legt dar, dass auch seine Fraktion den stadträtlichen Rückblick und seine Antworten interessant finde. Er kann die Ausführungen der beiden Vorredner unterstützen. Es ist wichtig, dass man im Zusammenhang mit der Ortsplanung nicht nur einzelne Quartiere, sondern das Ganze im Auge behalten sollte. Sehr interessant finde er auch die statistischen Angaben betreffend der demographischen Entwicklung von Liestal.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die gute Aufnahme im Rat. Bereits Stadtrat Ruedi Riesen hatte als früherer Departementsvorsteher die erwartete Entwicklung im Zusammenhang mit einem verdichteteren Bauen dokumentiert. Wichtig ist, dass man die Entwicklung Liestals auch in Zukunft fortschreibt. Hinweisen möchte er darauf, dass als Folge des verdichteteren Bauens und den höheren Ausnutzungsziffern doch auch vermehrt Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Baugesuchsverfahren angefallen sind. Bei grösseren Bauvorhaben wird natürlich auch die Architektur von der kommunalen Stadtbaukommission, der kantonalen Arealkommission usw. thematisiert. Die Hebel für qualitative Diskussionen sind vorhanden, aber beispielsweise in der Altstadt nur beschränkt möglich.

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt Bezug auf das Votum seines Ratskollegen und ist ebenfalls der Meinung, dass man nicht von Schönheit, sondern eher von Qualität sprechen sollte. Generell muss man versuchen, dass die Qualität durch das Verfahren sichergestellt werden kann. Aktuell ist bei der Entwicklung der Areale mitten im Zentrum, bei der Post und Bahn natürlich auch die städtebauliche und architektonische Qualität wichtig. Die Verfahren müssen so ausgestaltet werden, dass die Fachdiskussionen auch stattfinden können, indem Testplanungen, Architekturwettbewerbe usw. durchgeführt werden.

Matthias Zimmermann (SP) dankt als Interpellant für die gute und spannende Diskussion. Auch ihm geht es nicht um die Schönheit, sondern um das Ortsbild, den Charakter und die Qualität Liestals. So sind auch schon Ortschaften wie Renens, Köniz, Aarau usw. mit dem Wakkerpreis ausgezeichnet worden, denen es gelungen ist, Modernes und Altes auch qualitativ zu verbinden.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/98.

161 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Fragestunde

1. Frage / Hanspeter Zumsteg (GL) – Südzugang zum Bahnhof Liestal, Postulat

Am 25. April 2012 wurde das Postulat „Fussgängerfreundlicher Süd-Zugang zum Bahnhof Liestal“ (Nr. 2012/205) der Grünen Fraktion einstimmig an den Stadtrat überwiesen. Eine ältere Anwohnerin schrieb dazu in der Zeitung: „Für Gehbehinderte, auf Gehhilfen Angewiesene, Rollstuhlbenützer und generell ältere Bewohner der Quartiere Oristal- und Tiergartenstrasse ist der Zugang zum Stedtli verwehrt. Dieser Zustand ist nicht nur unzumutbar, er ist geradezu diskriminierend.“ Frage: Wann dürfen die Bewohner der Quartiere Oristal und Tiergarten damit rechnen, endlich einen zumutbaren Zugang zum Bahnhof und auch zum Stedtli zu erhalten (denkbar als eine kurzfristige Lösung wäre auch ein Lift)?

Stadtrat Peter Rohrbach: Das Projekt läuft, schliesslich möchte auch der Stadtrat baldmöglichst eine Lösung. Man hofft, bis im Mai über konkrete Resultate verfügen zu können. Bereits heute kann er darüber informieren, dass nur ein Lift die Lösung sein kann. Es müssen noch Bewilligungen bei den SBB und der Baudirektion eingeholt sowie der Kostenteiler geklärt werden.

2. Frage / Patrick Mägli (SP) – Einhaltung Fahrverbot beim Törli

In den vergangenen Wochen konnte beobachtet werden, dass vermehrt Motorfahrzeuge unter dem Törli durchfuhren und das Fahrverbot nicht respektierten. Was beabsichtigt der Stadtrat zu unternehmen um das Fahrverbot inskünftig wieder durchzusetzen?

Stadträtin Marion Schaftroth: Das Problem ist erkannt und aktuell wird die Installation eines Pollers geprüft.

3. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Polizeireglement

Das neue Polizeireglement wurde vom Landrat verabschiedet und in Kraft gesetzt. Meine Frage: Was bedeutet dies nun für die Stadt Liestal?

Stadträtin Marion Schaftroth: Das revidierte Polizeireglement befindet sich aktuell beim Kanton zur Vorprüfung und sollte dem Einwohnerrat im Sommer 2014 vorgelegt werden können. Da die Stadtpolizei Liestal bereits ausgelagert wurde, hat aber die neue Gesetzgebung auch keine grossen Auswirkungen auf das kommunale Polizeireglement.

4. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Untergeschossräume Ziegelhofgebäude

Die Räume im Untergeschoss im Ziegelhofgebäude sollen für Vereine und Cliquen hergerichtet werden. Meine Fragen: Wie weit ist man in dieser Sache? Ist die Stadt hier involviert?

Stadtrat Peter Rohrbach: Eigentümerin der Gebäude ist die Ziag AG und der Stand der Untergeschoss-Nutzung ist ihm nicht bekannt. Die Stadt ist nicht involviert. Einzelne Veranstalter haben aber schon um finanzielle Kulturbeiträge der Stadt nachgefragt.

5. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Pavillon beim Rotackerschulhaus

Meine Fragen: Gehört der Pavillon beim Rotackerschulhaus der Stadt Liestal? Kann dieser abends für Private und Vereine genutzt werden?

Stadtrat Peter Rohrbach: Der Pavillon gehört dem Kanton, doch soll dieser der Stadt verkauft werden, wie dies im Entwicklungsplan 2014-2018 auf Seite 103 nachgelesen werden kann. Für die Nutzung des Pavillons müsste das Hochbauamt des Kantons kontaktiert werden.

6. Frage / Meret Franke (GL) – EBL-Parkhaus Mühlematt

Wie ist der aktuelle Planungsstand beim EBL-Parkhaus Mühlematt?

Stadtrat Peter Rohrbach: Diese Frage hatte er bereits im Zusammenhang mit der Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/97 beim 5. Traktandum der heutigen Sitzung beantwortet.

7. Frage / Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) – Mühlebachli beim Schwieripark

Das vom Orisbach bei einem Wehr abgehende "Mühlebachli" entlang des Wegs beim Schwieripark ist zeitweise geflutet, zeitweise trocken gelegt. Ist die Stadt dafür zuständig? Wenn ja, nach welchen Kriterien wird das Wehr geöffnet und geschlossen?

Stadträtin Regula Nebiker: Ja, die Stadt ist zuständig und macht etwas. Die Schliessung der Schieber ist im Winter nicht möglich, weshalb die Wartungsarbeiten aktuell nicht erledigt werden können.

8. Frage / Lorenz Rudin (FDP) – Velostation, Einsatz Schüler und Studenten

Warum werden oder wurden an Samstagen wiederholt bezahlte Schülerinnen/Schüler oder Studentinnen/Studenten als Velokuriere der Velostation eingesetzt? Stehen nicht genügend qualifizierte Sozialhilfebezügler zur Verfügung?

Stadträtin Marion Schafroth: Seit Bestehen der Velostation kamen die sogenannten Springer insgesamt an 10 Samstagen Schüler zum Einsatz, weil die Velokuriere wegen Krankheit usw. kurzfristig ausgefallen waren.

9. Frage / Lorenz Rudin (FDP) - Umbenennungen

Ausfahrt «Liestal-Süd» anstatt «Altmarkt» seit der Eröffnung der H22, Bushaltestelle «Abzweigung Hersberg» anstatt «Windenthalerhöhe» bereits seit längerem. Dies zwei exemplarische Beispiele für eher verwirrende Umbenennungen in letzter Zeit. Wer ist für Umbenennungen dieser Art verantwortlich und hat die Stadt Liestal überhaupt ein Mitspracherecht?

Stadtrat Peter Rohrbach: Für die erwähnten zwei Umbenennungen zeichnet der Kanton zuständig. In solchen Fällen führt der Kanton Vernehmlassungen durch, bei welchen sich die Stadt auch einbringt.

10. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – OZ Fraumatt, Beleuchtung Treppe

Von der Weiermattbrücke führt eine Treppe, am Quartierzentrum Fraumatt vorbei, hinunter an die Ergolz. Dieser Weg ist bei Dunkelheit ungenügend beleuchtet. Ist es dem Stadtrat möglich, hier eine Lampe zu installieren, um das Sturzrisiko zu reduzieren?

Stadträtin Regula Nebiker: Von den Betrieben werden Abklärungen getroffen und das Nötige gegebenenfalls veranlasst.

11. Frage / Fabian Eisenring (SP) - Bauernmarkt

Der wöchentliche Bauernmarkt befindet sich, aufgrund des Umbaus in der Rathausstrasse, neu beim Zeughausplatz - ist dieser Standort künftig auch nach dem Umbau so fix?

Stadträtin Marion Schafroth: Der Standort ist nicht für alle Zeiten fixiert. Ein neuer Standort für den Bauernmarkt wird nach dem Abschluss der Bauarbeiten beim alten Manor sowie dem Törli-Sanierung neu beurteilt.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass Ratsmitglieder, welche neue Motionen und/oder Postulate eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Ratssitzung noch mündlich begründet können.
Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 17.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Hanspeter Stoll

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann